

ßen-Elektra, RWE und Bayern-Werk mit 50 plus 1 Aktie vorgesehene Kapitalbeteiligung sowohl für die Stromerzeugung als auch für die Stromfortleitung im Hochspannungsbereich sowie für die Stromverteilung bis zur Steckdose bedeutet jedoch eine eindeutige Monopolisierung. Sie schließt andere, zweifellos vorhandene Interessentengruppen von der gewünschten Beteiligung aus.

In der Koalitionsvereinbarung war bekanntlich die Entflechtung der Energiekombinate vorgesehen. Es ist, glaube ich, wichtig, uns in diesem Zusammenhang an diese Aussage der Vereinbarung zu erinnern. Wir haben auch das als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kommunen und der Länder angesehen. Mit dem Vertrag wird dieser Weg - wenn der Vertrag rechtskräftig würde - endgültig versperrt, weil auch bei der Verteilung der Elektroenergie bis zur Steckdose die Großen eindeutig das Sagen haben.

Das darf unserer Überzeugung nach nicht zugelassen werden. Selbst Entscheidungen der Kommune sind dann ausgeschlossen. Aber gerade auch hier sind wir für energiewirtschaftliche Mitbestimmung. Energieeinsparung verlangt vor allen Dingen auch in den kommunalen Bereichen, in den kommunalen Energieversorgungsnetzen Modernisierung und die notwendigen Investitionen.

Aus dem Beispiel Boxberg wurde bereits sichtbar, wie Monopolstellungen ausgenutzt werden können. Es ist doch geradezu absurd, wenn das ehemalige Kombinatverbundnetz Elektroenergie dem eigenständigen Antragsteller Boxberg keine Abnahme gewährleistet, aber diese Abnahmegarantie übernimmt, wenn Boxberg Bestandteil der großen Kapitalgesellschaft wird. Das, was hier sichtbar wurde, soll nun mit dem Vertrag Arbeitsgrundlage für alle werden. Darin besteht - glaube ich - die große Gefahr dieses Vertrages. Kein Kraftwerk der Kommune, keine Wärmeversorgungsanlage in einem Territorium hat dann die Sicherheit der Stromabnahme, wenn es die große Dreieinigkeit nicht will. Wir lehnen daher dieses Vorgehen entschieden ab und verlangen auch von der Treuhandanstalt, daß diesem Vertragsentwurf nicht die Zustimmung gegeben wird.

Gestatten Sie abschließend noch einen Schritt vom Teil zum Ganzen: von dem Vermögen der Energiewirtschaft zum volkswirtschaftlichen Produktivvermögen der Treuhandanstalt. Ich fühle mich dazu veranlaßt aufgrund der Antworten, die gestern vom Staatssekretär für Finanzen zu dieser Frage gegeben wurden, die meines Erachtens sehr unbefriedigend waren, und die große Problematik, die hier enthalten ist, nicht berücksichtigen.

Wir haben eine Sondersitzung zu Fragen der Energiewirtschaft durchgeführt - ich unterstütze das, und halte das für richtig -, aber wir sind bisher nicht bereit gewesen, zu Fragen der Privatisierung und der Verwertung der Einnahmen der Treuhandanstalt in einer Größenordnung, die das Mehrfache der Energiewirtschaft betrifft, eine Stunde hier in diesem Hohen Haus zu widmen.

Wir sind nicht mal bereit gewesen, diese Problematik in die Ausschüsse Wirtschaft sowie Haushalt und Finanzen zu einer gründlichen Beratung zu verweisen. Der Staatssekretär hat hier erklärt, er sehe keine Veranlassung sich mit dieser Problematik gründlich zu befassen. Es bestehen bisher noch keine Vorstellungen dazu. Es handelt sich hier doch schließlich um ein Vermögen von einigen 100 Mrd. DM. Und es geht letzten Endes darum, ob dieses Vermögen, wenn wir das im Zusammenhang mit der Privatisierung und der Verschuldung betrachten, für die DDR verwertet werden kann oder nicht. Es geht schließlich um ein Vermögen von bis zu 150 Mrd. DM, das entweder der Wirtschaft, der Bevölkerung, den Ländern und Kommunen zur Verfügung steht oder nicht. Ich halte es deshalb für unerlässlich, daß sich die Regierung, vor allem das Ministerium für Finanzen, hiermit gründlich beschäftigt und auch in der nächsten Zeit hier eine Konzeption vorlegt, wie nun konkret - nicht nur nach allgemeinen Kriterien 1., 2., 3. -, sondern auch nach bestimmten Größenordnungen verfahren werden soll. Wie hoch überhaupt die Verschuldung gegenwärtig ist, darüber wird nicht gesprochen. Es gibt kaum einen Finanzminister in einem europäischen oder anderen Staat, der sich nicht mit diesen Fragen gründlich beschäftigt. Als zweiter Schritt muß festgestellt werden, wofür diese Mittel verwendet werden,

speziell im Zusammenhang mit der Verschuldung. Davon ausgehend sollte auch eine gründliche Beratung in den Ausschüssen zu diesen Problemen erfolgen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner.

Danke schön. - Zwei Fragen möchten Sie noch beantworten. Bitte schön.

Seidel (CDU/DA):

Herr Prof. Steinitz, gestatten Sie bitte, daß ich Sie frage, wie Sie ein Schreiben beurteilen, was von Energiearbeitern - ich glaube - aus Ihrem Wahlkreis an das Ministerium geschickt wurde. Ich muß die drei Sätze mal schnell lesen:

„Nachdem alle Unterlagen zur Umwandlung übergeben wurden, erwarteten alle Belegschaftsangehörigen eine zügige Umwandlung in die Kapitalgesellschaft unter Beteiligung der Preußen-Elektra-AG und damit eine Sicherung der Versorgung des Territoriums, Erhalt der Arbeitsplätze, eine hohe soziale Sicherheit der Arbeitnehmer. Diese Erwartungshaltung wurde stark gedämpft und die Bereitschaft der Belegschaft zur aktiven Mitgestaltung ihrer sozialen Sicherheit durch den Stopp der Verhandlungen gelähmt. Wir appellieren an die Abgeordneten der Volkskammer, die Einsprüche zu der von der Regierung vorgelegten Konzeption einer marktwirtschaftlichen Energiewirtschaft im Interesse der sozialen Sicherheit aller Energiearbeiter der DDR zu überdenken.“

Unterschrieben vom Betriebsrat und vom Sprecher des Vertrauensleutkörpers.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Ich beurteile dieses Schreiben so: Natürlich unterstützen wir, und ich glaube, alle Abgeordneten in diesem Hause, eine solche Umwandlung, die sowohl die Effektivität der Energiewirtschaft sichert als auch die sozialen Belange und die Sicherheit der Arbeitsplätze. Nun hängt natürlich die Art und Weise - das ist, glaube ich, auch nicht unbekannt -, wie eine Belegschaft reagiert, auch davon ab, wie man etwas begründet. Es wurden ja Beispiele gebracht, daß man z. B. mit bestimmten Drohungen sagen kann: Wenn das nicht so und so erfolgt, sind eure Arbeitsplätze gefährdet. Da ist es natürlich leicht, eine Zustimmung zu bekommen.

Man müßte, wenn wir das an diesen Beispielen fortsetzen, davon ausgehen, daß die verschiedenen Konzeptionen mit ihren Vor- und Nachteilen vor den Belegschaften begründet werden und dann mit ihnen nicht nur über einen Vorschlag, sondern über die verschiedenen Varianten gesprochen wird und auf dieser Basis ihre Einschätzungen und ihre Vorschläge zur Kenntnis genommen werden.

(Beifall bei SPD, bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Dr. Kamm (CDU/DA):

Herr Professor, ist Ihnen auch dieses Fernschreiben des ehemaligen Energiekombinats Süd bekannt - dieses Fernschreiben wurde gleichfalls an Ihre Fraktion gesandt -, in dem die Energiearbeiter dieser neugebildeten Aktiengesellschaft unbedingt die Abgeordneten der Volkskammer mahnen, dem vorgeschlagenen Projekt der Entflechtung zuzustimmen und gleichermaßen mit einem derartigen Konzept, wie wir es auch hier eingangs diskutiert haben, einherzugehen, weil, wie hier steht, dieses Unternehmen nicht in der Lage ist, unter den Vorstellungen, wie wir sie im Augenblick diskutieren, mit zu erwirtschaftenden eigenen Mitteln die dringend notwendige Verbesserung der Infrastruktur, der Energieversorgung und der Umweltentlastung zu sichern. Hier kommt noch ein wesentlicher Aspekt zum Tragen, nämlich die Umweltentlastung.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Ich glaube, man muß hierbei zwei Aspekte sehen: Einerseits darf nicht zugelassen werden - das ist auch unsere Meinung -,